

Bundesverband deutscher Banken

Banken und VHS - eine unerwartete Kooperation

Eine Antwort der Privatbanken auf die entstandene Vertrauenskrise heißt „Vertrauen schaffen durch solide und ehrliche Aufklärung“ und manifestiert sich in der Bildungsinitiative in Partnerschaft mit den Volkshochschulen. Zehn der 32 hessischen VHS nehmen an der Pilotphase teil, weitere stehen bereit, und auch bei Bildungseinrichtungen außerhalb Hessens soll die „für VHS etwas ungewöhnliche Partnerschaft“, wie sie Bernhard Wolf, Verbandsdirektor des Hessischen Volkshochschulverbandes nennt, bereits auf Interesse gestoßen sein.

Börsen-Zeitung, 14.05.11/S 8

Weniger Zins, dafür keinen Ärger

Bei einer Aktion des „Kölner Stadt-Anzeiger“ und des Bundesverbandes deutscher Banken haben vier Experten des BdB Leserfragen zum Thema Geldanlage beantwortet. Insgesamt sollten Anleger darauf achten, ihre Investments zu streuen. Rohstoffwerte seien langfristig interessant und können als Beimischung einen Teil eines vernünftigen Portfolios darstellen.

Kölner Stadt-Anzeiger, 16.05.11/S 12

Förderpreise für die Jahrgangsbesten

Der Bankenverband Hessen hat auf seiner Mitgliederversammlung die Förderpreise in Form einer Urkunde und eines Schecks an die jahrgangsbesten Absolventen 2010 in Hessen für die Studiengänge Bankfachwirt, Bankbetriebswirt und Management der Frankfurt School of Finance & Management verliehen.

Börsen-Zeitung, 14.05.11/S 16

Regulierung

Bankenabgabe treibt Preise

Die geplante Bankenabgabe könnte die bei Privatpersonen und Unternehmen beliebten staatlichen Förderkredite teurer machen. Zu diesem Schluss kommt ein internes Papier des DSGV, das dem „Handelsblatt“ vorliegt. Grund ist, dass Förderbanken ihre Kredite über die Hausbanken der Kunden vertreiben. Deshalb verringert die Bankenabgabe die niedrige Gewinnspanne. Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind von diesem Problem sogar doppelt betroffen, da die Förderbanken ihre Kredite nicht direkt an sie durchleiten, sondern über deren Zentralinstitute, also über die Landesbanken und die DZ Bank gehen.

Handelsblatt, 16.05.11/S 35

Handwerk warnt vor teurem Kredit

Das Handwerk beobachtet die Umsetzung der Eigenkapitalregeln in EU-Richtlinien und -Verordnungen mit Sorge. Man sei dauerhaft auf Bankkredite zu akzeptablen Konditionen angewiesen, so der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Otto Kentzler. Durch steigende Eigenkapitalkosten würden sich Mittelstandskredite jedoch verteuern. Man halte deshalb eine Reduzierung der Risikogewichte für angebracht.

Börsen-Zeitung, 14.05.11/S 4

Almunia delivers antitrust broadside

EU-Wettbewerbskommissar Almunia will heute Banken, Wertpapierhändler und weitere Finanzakteure warnen, dass Brüssel strenge Kartelluntersuchungen und härtere Regulierungsanforderungen kombinieren will. Die Kommission untersucht, ob 16 der weltweit größten Banken beim Informationsfluss zu CDS-Transaktionen in unerlaubter Weise zusammengearbeitet haben und ob Markit, der führende Anbieter von Finanzinformationen im CDS-Markt, de facto exklusive Informationen erhalten hat.

Financial Times (Europe), 16.05.11/S 1

IFRS braucht starke Institutionen

Jörg Werner, Professor für Accounting an der Frankfurt School of Finance & Management, schreibt im Gastbeitrag für die „FAZ“ über die Rechnungslegungsregeln IFRS und stellt fest, deren positive Effekte setzten starke Institutionen des jeweiligen Landes voraus. Zu bemängeln seien nicht nur Teile der Regeln, sondern auch die atemberaubende Geschwindigkeit, mit der sie sich ändern. Eine kritische Begleitung des Internationalisierungsprozesses durch die Fachöffentlichkeit sei dringend geboten.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 12

Durchbruch: Erste globale Definition des Fair Value

Elke König, vormals Finanzvorstand der Rückversicherung Hannover Re und Mitglied im IASB (International Accounting Standards Board), meint in ihrem Gastbeitrag in der „FAZ“, das IASB habe mit den neuesten IFRS-Standards Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen. Es sei sicher wahr, dass mit diesen Änderungen auf die Anwender und die Investoren erhebliche Anforderungen zukommen. Aber Bilanzierung sei kein starres Regelungsgefüge, sondern müsse sich in einem komplexer werdenden Umfeld weiterentwickeln und auch aus Kritik Lehren ziehen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 12

Hat die Kultur der hohen Bezüge überlebt?

Ein Kommentar in der „Neuen Zürcher Zeitung“ stellt angesichts der aktuellen Banker-Boni-Politik die rhetorische Frage, ob die Banken nichts gelernt haben. Ein Bericht des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zeige, dass die Banken mutmaßliche Stars der Branche nach wie vor in Gold aufwiegen. Eine Aushebelung der Staatsgarantie für Großbanken könne dafür sorgen, dass der Arbeitsmarkt nicht länger derart verzerrt wird.

Neue Zürcher Zeitung, 14.05.11/S 30

Verbraucher/ökonomische Bildung

Sanfter Übergang für Iban, die Schreckliche

Bankkunden in Deutschland sollen bis 2015 Zeit bekommen, sich auf die neuen langen Kontonummern einzustellen. Die EU berät derzeit über die endgültige Umstellung auf einen einheitlichen Zahlungsverkehr in Europa Sepa. Bei Überweisungen ist dann auch im Inland immer eine 22-stellige Iban-Nummer erforderlich. Sie löst die bisherigen Kontonummern und Bankleitzahlen ab. In dem entsprechenden Entwurf der EU-Kommission ist jedoch eine Übergangsfrist bis 1. August 2015 enthalten, erfuhr die „Süddeutsche Zeitung“. So lange soll es für Bankkunden möglich sein, bei Überweisungen weiter mit ihren bekannten Nummern zu arbeiten.

Süddeutsche Zeitung, 16.05.11/S 22

Verheiztes Geld

Trotz der Ankündigung der Regierung, den Verbraucherschutz bei Bankberatungen zu erhöhen, ziehen viele Fachleute ein nüchternes Fazit, heißt es im „Spiegel“. Es habe sich nichts verändert, erklärt Gabriele Schmitz von der Verbraucherzentrale Hamburg. Immer noch melden sich etliche Kunden bei den Rechtsberatern, die völlig absurde Investments aufgedrängt bekamen und bekommen. Der Druck bei den Banken ist in allen Bereichen enorm. Allein die Commerzbank etwa will, nachdem sie die übernommene Dresdner Bank integriert hat, ihre operativen Gewinne in Privatkundengeschäft 2012 auf 1 Mrd EUR erhöhen.

Der Spiegel, 16.05.11/S 82-83

Direktbanken noch erfolgreicher

Die Zahl der Direktbank-Kunden wird von heute gut 14 Mio bis zum Jahr 2015 um fast 40 % auf nahezu 20 Mio zunehmen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Marktstudie der Unternehmensberatung Investors Marketing (IM). Direktbanken seien längst aus der Internet-Nische herausgetreten, beob-

achtet IM-CEO Oliver Mihm. Als Türöffner zu den neuen Kunden diene häufig ein gut verzinstes Tagesgeldkonto. Profitieren werden von dem Trend insbesondere die führenden Direktbanken ING-DBba, DKB, Comdirect und Volkswagen Bank.

Focus, 16.05.11/S 124

Sparkassen sind nachhaltig erfolgreich

Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, schreibt im Gastbeitrag für die „Börsen-Zeitung“, die bayerischen Sparkassen seien nachhaltig erfolgreich. Kundeneinlagen und Kundenkredite hätten 2010 weiter zugelegt. Der deutlich spürbare Rückgang der Aufwendungen für die Kreditrisikovorsorge sei eines der bemerkenswertesten Ergebnisse des vergangenen Jahres. Die Bestände an Wohnbaukrediten seien um 4,2 % erhöht worden.

Börsen-Zeitung, 14.05.11/S B5

Lieb und teurer

Seit Jahren strebt die Bundesbank an, nur noch etwa 50 % des Recyclingvolumens bei Banknoten selbst abzuwickeln, gegenüber zuvor gut 70 %. Sie will damit vor allem Kosten sparen. Allerdings ist es auch ein politisches Ziel der EU-Kommission und der EZB, Bargeld zugunsten von Kartenzahlungen zurückzudrängen.

Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 19

Banken / Unternehmen

Börsig: Aufsichtsrat hat Heft in der Hand

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Clemens Börsig, reklamiert für sich die Entscheidung, den Nachfolger für Josef Ackermann zu bestimmen. Das Heft habe der Aufsichtsrat, vor allem der Vorsitzende, voll in der Hand, sagte Börsig der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Er trat damit dem Eindruck entgegen, Ackermann suche seinen Nachfolger selbst. Aus dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank sei wegen Börsigs angeblich zu passiver Rolle Kritik laut geworden, berichtete die Zeitung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 15, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.05.11/S 26-27

Hypo Real Estate bringt Soffin Verlust

Der Bankenrettungsfonds Soffin hat 2010 einen Verlust von 4,4 Mrd EUR gebucht. Der Fehlbetrag sei durch Überschüsse aus Vorjahren gedeckt, so dass der Bundeshaushalt nicht belastet werde, teilte die Behörde am Freitag mit. Maßgeblich für den Verlust ist eine Rückstellung von 3,9 Mrd EUR für drohende Verluste in der Abwicklungsbank des vollverstaatlichten Immobilienfinanzie-

rsers Hypo Real Estate.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.05.11/S 14, Börsen-Zeitung, 14.05.11/S 3, Die Welt, 14.05.11/S 14, Der Tagesspiegel, 14.05.11/S 17, Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 15

Krisenbank vor Aufspaltung

Ein Verkauf der IKB scheint derzeit nur möglich, wenn das Mittelstandsinstitut zuvor aufgespalten wird. Mögliche Erwerber dürften darauf pochen, dass Lone Star substanziale Teile der IKB behält – etwa als problematisch geltende Wertpapierportfolien. Als denkbar gilt sogar, dass lediglich einzelne attraktive Teile wie das Mittelstandsgeschäft aus der IKB herausverkauft werden, die rechtliche Einheit der Bank aber zunächst bei Lone Star verbleibt.

Die Welt, 14.05.11/S 13, Neue Zürcher Zeitung, 16.05.11/S 23, Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 16

Sparkassen halten Nord/LB für fit

Niedersachsens Sparkassenpräsident Thomas Mang ist zuversichtlich, dass die Nord/LB den europäischen Bankenstresstest ohne Schwierigkeiten bestehen wird. Das harte Kernkapital der Bank werde im Stressszenario deutlich oberhalb der geforderten fünf Prozent liegen“, sagte er Ende vergangener Woche auf dem niedersächsischen Sparkassentag. Mit welcher Quote er für die Landesbank rechnet, wollte Mang nicht sagen.

Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 16

Bundesregierung schließt Iran-Bank in Hamburg

Die EU schließt Irans wichtigste finanzielle Verbindung in die westliche Welt. Nach massiven Protesten aus dem Ausland hat sich die Bundesregierung entschlossen, ihre Hände nicht länger schützend über die Europäisch-Iranische Handelsbank (EIHB) zu halten. Am 23. Mai sollen die EU-Außenminister die Aufnahme des Instituts in die EU-Sanktionsliste beschließen. Geschieht dies, werden die Konten der Bank gesperrt und ihre finanziellen Mittel eingefroren.

Handelsblatt, 16.05.11/S 5

Konjunktur / Volkswirtschaft

IWF-Chef Strauss-Kahn verhaftet

IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn wurde am Samstag in New York in einem Flugzeug, das ihn nach Europa zurückbringen sollte, verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, in einem New Yorker Hotel ein Zimmermädchen sexuell genötigt und den Versuch der Vergewaltigung unternommen zu haben. Laut den Ermittlern habe sich der 62-Jährige fluchtartig aus dem Hotel entfernt, er habe u.a. sein Handy zurückgelassen.

Die griechische Regierung zeigte sich gestern besorgt, dass es nach der Festnahme zu Verzögerungen bei notwendigen Hilfspaketen kommen könnte. Der IWF stellte aber klar, trotz Strauss-Kahns Festnahme „vollkommen handlungsfähig“ zu sein. Der Sozialist galt bislang als aussichtsreicher Herausforderer des Konservativen Nicolas Sarkozy bei den nächsten französischen Präsidentschaftswahlen.

Tagesschau 12.00, 15.05.11/ARD 12:00, heute 17.00, 15.05.11/ZDF 17:00, Tagesschau 17.00, 15.05.11/ARD 17:00, Aktuell Weekend, 15.05.11/RTL 18:45, Süddeutsche Zeitung, 16.05.11/S 1, Süddeutsche Zeitung, 16.05.11/S 3, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 1-2, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 3, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 11, Handelsblatt, 16.05.11/S 1, Handelsblatt, 16.05.11/S 6, Tagesschau 20.00, 15.05.11/ARD 20:00, Tagesthemen, 15.05.11/ARD 22:30, Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 1, Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 2, Neue Zürcher Zeitung, 16.05.11/S 1, Neue Zürcher Zeitung, 16.05.11/S 3, Neue Zürcher Zeitung, 16.05.11/S 3, Neue Zürcher Zeitung, 16.05.11/S 21, Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 23, Stuttgarter Zeitung, 16.05.11/S 1, Stuttgarter Zeitung, 16.05.11/S 2, Die Welt, 16.05.11/S 1, BILD (bundesweit), 16.05.11/S 9, Stuttgarter Nachrichten, 16.05.11/S 4, Stuttgarter Nachrichten, 16.05.11/S 4, Die Welt, 16.05.11/S 8, Die Welt, 16.05.11/S 8, The Wall Street Journal, 16.05.11/S 1, Stuttgarter Nachrichten, 16.05.11/S 1, die tageszeitung, 16.05.11/S 1, die tageszeitung, 16.05.11/S 3, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 13, Westdeutsche Allgemeine WAZ, 16.05.11/S 1,10,35, Financial Times (Europe), 16.05.11/S 1, Frankfurter Rundschau, 16.05.11/S 1, Frankfurter Rundschau, 16.05.11/S 2-3, Frankfurter Rundschau, 16.05.11/S 3, Financial Times (Europe), 16.05.11/S 4, Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 23, International Herald Tribune, 16.05.11/S 1, Berliner Zeitung, 16.05.11/S 1,7, International Herald Tribune, 16.05.11/S 4, The Wall Street Journal, 16.05.11/S 8, BILD (bundesweit), 16.05.11/S 8, Der Tagesspiegel, 16.05.11/S 1,6, Frankfurter Neue Presse, 16.05.11/S 1,6

Ein Absturz

Zahlreiche Medien kommentieren die Verhaftung von IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn. Sein Ruf werde in jedem Fall ruiniert sein, der IWF werde vermutlich einen Amtswechsel erwägen, kommentiert die „FAZ“. Auch politische Karrierechancen in Frankreich seien für ihn nun sicherlich begrenzt. Die „FTD“ kommentiert, für die Euro-Zone und insbesondere die Griechen seien die Vorwürfe gehen Strauss-Kahn gefährlich. Denn gerade jetzt stehe ihre Zukunft auf dem Spiel, und die hänge vom IWF ab. Auch die „Frankfurter Rundschau“ spricht von einem „Skandal zur Unzeit“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 1, Stuttgarter Zeitung, 16.05.11/S 3, BILD (bundesweit), 16.05.11/S 2, Stuttgarter Nachrichten, 16.05.11/S 2, Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 1, Süddeutsche Zeitung, 16.05.11/S 4, die tageszeitung, 16.05.11/S 1, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 11, Frankfurter Rundschau, 16.05.11/S 11, Financial Times (Europe), 16.05.11/S 8, Berliner Zeitung, 16.05.11/S 4, Handelsblatt, 16.05.11/S 9,

The Wall Street Journal, 16.05.11/S 14

Bundesregierung und EZB auf Kollisionskurs

Zwischen der Bundesregierung und der EZB ist ein Konflikt wegen der möglichen Griechenlandumschuldung ausgebrochen. Ziel der Deutschen sei es offenbar, so hochrangige EZB-Kreise, die griechischen Finanzprobleme vor allem mit neuem Geld der Notenbank und nicht mit Krediten und Garantien anderer EU-Regierungen zu lösen. Es geht es in erster Linie um die Frage, ob eine kleine Umschuldung, ein „Reprofiling“, schon jetzt sinnvoll und möglich ist. Während die Bundesregierung dafür plädiert, bald die Laufzeiten der Griechenlandanleihen zu verlängern und möglicherweise auch die Zinsen zu senken, sperren sich die Notenbanker gegen diesen Schritt. In dem Konflikt geht es um einen zentralen Teil der Geldpolitik, nämlich darum, ob die Zentralbank die Anleihen eines schwer angeschlagenen Staates als Sicherheiten für Kredite an Geschäftsbanken akzeptiert.

Die Welt, 16.05.11/S 1

IWF sieht weitere Hilfen für Griechenland kritisch

Die EU ist äußerst unzufrieden mit dem schleppenden Reformkurs in Griechenland. Experten untersuchen derzeit vor Ort, wie sich der Schuldenabbau des Landes entwickelt und wie weit die Umsetzung der geplanten Reformen ist. Davon hängt ab, ob im Juni die nächste Kredittranche in Höhe von 12 Mrd EUR ausgezahlt wird. Nach Informationen der „Welt“ werden IWF und EU trotz gravierender Mängel, die in Kürze im Bericht der Prüfkommision genannt werden, weitere Milliardenkredite bereitstellen. Es gebe angesichts der dramatischen Situation gar keine andere Wahl, sagte ein Verhandlungsteilnehmer. Mehrere hohe EU-Diplomaten betonten jedoch, dass eine einflussreiche Fraktion innerhalb des IWF weiteren Rettungshilfen äußerst skeptisch gegenüber stehe.

Die Welt, 16.05.11/S 9

Griechenland muss umschulden

Martin Wolf fordert im Kommentar der „FTD“ eine Umschuldung Griechenlands. Andernfalls müssten die Schulden auf unbestimmte Zeit finanziert werden, was ein Hintertürchen zu einem dauerhaften Mechanismus der haushaltspolitischen Unterstützung für Mitgliedsstaaten wäre. Wenn die EZB erst einmal anfrage, staatliche Defizite direkt zu finanzieren, werde der nächste Sündenfall nicht weit sein, so Jörg Eigendorf im Kommentar der „Welt“. Schritt für Schritt würden die Regierungen versuchen, die Prinzipien einer stabilitätsgerechten Geld- und Währungspolitik aufzuweichen. Die Krise in der Not mit immer mehr Geld zu überdecken, würde wohl noch län-

gere Zeit funktionieren, kommentiert die „Süddeutsche Zeitung“. Griechenland brauche jedoch eine neue Geschäftsgrundlage. Auch die „FT“ meint, neben weiteren Sparmaßnahmen sei ein Wachstumskonzept für Griechenland notwendig, um die EU-Mitglieder zu überzeugen, den neuen Kredit für Griechenland zu bewilligen.

Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 25, Die Welt, 16.05.11/S 1, Süddeutsche Zeitung, 16.05.11/S 4, Financial Times (Europe), 16.05.11/S 9

Anreize zur Leichtfertigkeit

Einer der am häufigsten vorkommenden Ausdrücke der Finanzkrise heißt „moral hazard“ und bedeutet, dass aus vermeintlich guten Absichten falsche Anreize gesetzt werden. Länder wie Irland, die sich während der Krise eher diszipliniert benommen und strikte Korrekturmaßnahmen eingeführt haben, müssen sich diskriminiert vorkommen, wenn Nationen wie Griechenland, die sich vermeintlich nicht korrekt verhalten, mit weniger Stringenz behandelt werden, kommentiert das „Handelsblatt“. So entstehe wie jetzt im Euro-Raum ein Teufelskreis der gegenseitigen Irritationen und Beschimpfungen in den Schuldner- wie auch in den Gläubignationen, die sich jeweils von den anderen bestraft, belogen und betrogen fühlen. Infolge eines so verstandenen „moral hazard“ bewirken für Gesamt Europa risikomindernde Operationen nicht nur eine falsche Zuordnung, sondern auch eine absolute Erhöhung der Risiken.

Handelsblatt, 16.05.11/S 10

Portugal unter Zeitdruck

Auf ihrem Treffen werden IWF und EU-Finanzminister voraussichtlich das 78 Milliarden Euro schwere Unterstützungspaket für Portugal beschließen. Doch bleiben Zweifel, ob das Land bis 2013 das Vertrauen der Finanzmärkte wieder erlangen kann. Das Hilfspaket ist daher auch mit harschen Auflagen verbunden: In den kommenden Jahren muss Portugal streng sparen und sein Defizit deutlich senken. Die Löhne der beim Staat Beschäftigten sinken, Investitionen, Renten und Gesundheitsleistungen werden zusammengestrichen, die Mehrwertsteuer steigt.

Frankfurter Rundschau, 16.05.11/S 12-13, Berliner Zeitung, 16.05.11/S 13

FDP entscheidet sich für Eurostaaten-Hilfsfonds

Die FDP bekennt sich zum geplanten Eurostaaten-Rettungsschirm ESM, knüpft ihre Zustimmung aber an Bedingungen. Dazu gehören die Beteiligung privater Gläubiger an künftigen Rettungsaktionen und die Zustimmung des Bundestages jedes Mal, bevor der neue Fonds aktiviert wird. Auch soll das finanzielle Volumen des ESM nach der Vorstellung der Liberalen nach der

Aufbauphase wieder zurückgeführt werden. Auch wenn sich die Gegner des ESM auf dem Parteitag nicht durchsetzen konnten, hätten sie einen Achtungserfolg errungen, so die „FAZ“. Immerhin 173 Delegierte der 529 abstimmenden Mitglieder haben sich gegen einen ständigen Rettungsschirm ausgesprochen. Die Kritiker des Hilfsfonds hätten gute Argumente auf ihrer Seite, können sich aber nicht auf die Mehrheit der Partei berufen, kommentiert das Blatt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 11, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 11, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 13, die tageszeitung, 16.05.11/S 2

„Ein Ausstieg wäre Unsinn“

Österreichs Notenbank-Gouverneur Ewald Nowotny fordert im Interview mit dem „Handelsblatt“, dass Griechenland in der Euro-Zone bleibt. Das Land dürfe sehr wohl noch Kredite bekommen. Man müsse sie aber unter sehr strikten Bedingungen vergeben. Die wirtschaftliche Erholung Südosteuropas werde durch die Griechenland-Krise nicht gefährdet. Es könnte allenfalls notwendig werden, dass griechische Mutterbanken Tochtergesellschaften in Osteuropa abgeben müssen. Hinsichtlich einer möglichen Erhöhung der Leitzinsen habe EZB-Präsident Trichet bereits deutlich gemacht, dass die Notenbank von der Tendenz her eine Strategie zum Ausstieg aus dem Krisenmodus betreibt. Ganz wichtig sei die Preisstabilität. Inflationserwartungen müssten genauestens analysiert werden.

Handelsblatt, 16.05.11/S 32-33

„Ein Euro-Austritt Griechenlands hilft nicht weiter“

Lars Feld, Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sagte in einem Interview der „Börsen-Zeitung“ zur Frage, wie die Eurozone bei einer Rettung Griechenlands dauerhaft krisenfest werden könne, mittelfristig müsse man den Europäischen Stabilitätsmechanismus, der ab dem Jahr 2013 als dauerhafter Krisenmechanismus etabliert werden soll, richtig ausgestalten. Es wäre am besten, wenn im ESM Regeln vorgesehen werden, die automatisch nach ökonomischen Kriterien die Gläubigerbeteiligung auslösen. EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark übertreibe, wenn er behauptet, dass eine Umschuldung dazu führt, dass der Spardruck nicht mehr ausreicht damit Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit erhöht.

Börsen-Zeitung, 14.05.11/S 6, Börsen-Zeitung, 14.05.11/S 1

Der Sonderweg des Axel Weber

Der frühere Bundesbankpräsident Axel Weber hat erneut scharf kritisiert, dass die EZB Staatsanleihen ankauft, um hochverschul-

dete Staaten zu stützen. Dies sei ein glatter Risikotransfer auf den Steuerzahler. Er würde die Privatanleger an der Umschuldung von Staaten wie Griechenland beteiligen. Investoren sollten haftbar gemacht werden. Eine ungeordnete Insolvenz könne aber niemand gebrauchen. Erst einmal müssten Regeln geschaffen werden, wie die Insolvenz eines Staates ordentlich vorstattengehen könne.

Handelsblatt, 16.05.11/S 38

Mario Draghi Tugendhafter Ökonom als Chef für Europas Zentralbank

Die „Süddeutsche Zeitung“ porträtiert den italienischen Notenbankpräsidenten Mario Draghi, der nächster Präsident der EZB werden soll. Nachdem sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel für Draghi ausgesprochen hat, wird Italien voraussichtlich am heutigen Montag die Kandidatur von Draghi für das Amt des EZB-Präsidenten offiziell anmelden. Dass Draghi 2004 und 2005 im Exekutivrat der Investmentbank Goldman Sachs saß, kritisieren viele. Doch konnte Draghi überzeugend darlegen, dass er nichts zu tun hatte mit den Geschäften des Hauses, die Griechenland mit ins Desaster stürzten.

Süddeutsche Zeitung, 16.05.11/S 4

Koalition will Kleinfirmen pöppeln

Die schwarz-gelbe Koalition plant, die bisher befristete Erleichterung für Kleinunternehmen bei der Umsatzsteuer dauerhaft einzuführen, indem die Ist-Besteuerung mehr Unternehmen dauerhaft zugänglich gemacht werden soll. Dazu soll die auf Ende dieses Jahres befristete Anhebung der Umsatzgrenze von 250.000 auf 500.000 EUR entfristet werden. Das Bundesfinanzministerium prüft derzeit noch die Pläne einer Entfristung.

Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 9

Nützliche Kleinigkeit

Die „FTD“ äußert im Kommentar Unverständnis, sollte die schwarz-gelbe Koalition die Ist-Besteuerung Ende 2011 auslaufen lassen. Tatsächlich koste sie den Staat so gut wie nichts, erleichtere die Finanzlage kleinerer Gewerbetreibender aber unheimlich. Es möge zunächst spitzfindig wirken, ob die Obergrenze für die Ist-Besteuerung nun bei 500.000 EUR liegen soll oder wieder nur bei der Hälfte, doch für 1,5 Mio Kleinstunternehmer sei das keine Petitesse.

Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 25

Sonstiges

Die Allzweckwaffe

Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat sich in einem Interview mit

dem Hessischen Rundfunk als Kanzlerkandidat ins Gespräch gebracht. Zur Frage nach einer möglichen Kandidatur sagte er, dass er sich diesbezüglich irgendwann einmal in Absprache mit zwei oder drei Führungspersönlichkeiten der SPD zusammensetzen werde.

Handelsblatt, 16.05.11/S 54, die tageszeitung, 16.05.11/S 6, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 1, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.11/S 2, Financial Times Deutschland, 16.05.11/S 1, Frankfurter Rundschau, 16.05.11/S 6, die tageszeitung, 16.05.11/S 12, Die Welt, 16.05.11/S 5